

Sinne stärken und ausbauen. Wir wollen, daß innerhalb dieser Einheit die berechnigte Selbständigkeit und Eigenart der einzelnen Staaten, Provinzen und Stämme gewahrt werde."

Die neugebildete Freikonservative Partei als Reichspartei sagt in ihrem Aufruf von 1876: „Hervorgegangen aus gemäßigten konservativen und altliberalen Elementen hat die Partei seit ihrem Bestehen die nationale Politik des Reichskanzlers, welche gerichtet ist auf eine Stärkung der Zentralgewalt des Reiches und ihrer monarchischen Spitze, bei voller Achtung der vertragsmäßigen Rechte der Einzelstaaten auf einheitliche Gestaltung des Rechtslebens der deutschen Stämme, aus vollster Ueberzeugung unterstützt."

In ihrem Wahlaufufruf vom 8. September 1882 beklagt die Freikonservative Partei, daß in Deutschland gegenwärtig ein Uebermaß an parlamentarischer Tätigkeit vorhanden sei, welches den Gang der Verwaltung im Reiche wie in den Einzelstaaten vielfach störe und die Möglichkeit der Arbeit in den Parlamenten sowie deren Ansehen im Volke mindere. „Wir verlangen daher Maßnahmen, welche ohne Beeinträchtigung der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretungen auf eine Vereinfachung des parlamentarischen Apparates hinwirken. — Die Partei wird, getreu der von ihr bislang eingenommenen Haltung, radikalen und partikularistisch-reaktionären Bestrebungen mit gleicher Entschiedenheit entgegentreten."

Die Deutschkonservative Partei schuf sich am 8. September 1892 ein neues Programm (Tivoli-Programm), in dem sie betont, sie wolle die für das deutsche Vaterland gewonnene Einheit auf dem Boden der Reichsverfassung in nationalem Sinne stärken und ausbauen. Sie wolle aber, daß innerhalb dieser Einheit die berechnigte Selbständigkeit und Eigenart der einzelnen Staaten und Stämme gewahrt werde. Sie wolle in Provinz, Kreis und Gemeinde eine Selbstverwaltung erhalten, gegründet nicht auf das allgemeine Wahlrecht, sondern auf die natürlichen Gruppen und organischen Gliederungen des Volkes.

Nachdem sich unmittelbar nach der Novemberrevolution die konservativen Parteien zur Deutschnationalen Volkspartei umgebildet hatten, erließ diese Partei im Dezember 1918 einen Aufruf, dem wir folgenden Satz entnehmen: „Gegenüber den Gefahren und Nöten des Augenblicks verlangen wir: Reichseinheit aller deutschen Stämme und Gebiete auf föderalistischer Grundlage."

Am 9. Dezember 1927 tagte in Berlin die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei, um in erster Linie zur Frage der Wirtschafts- und Verfassungsreform Stellung zu nehmen. Nach Referaten der Reichstagsabgeordneten Berndt und Hugenberg wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Einheit des Reiches beruht auf der freiwilligen Bejahung aller deutschen Stämme. Unitarischer Zwang gefährdet die Reichsfreudigkeit in Nord und Süd wie den Anschluß Deutsch-Oesterreichs. Der Ruf nach dem Einheitsstaat wird genährt durch die Forderung nach Beschränkung der Staatsausgaben. Das Ziel ist richtig, der Weg ist falsch. Wo jede öffentliche Gemeinschaftsarbeit politisiert ist, steht die unbeschränkte Herrschaft der Parteien, die sich nach wechselnden Stimmungen ihrer Wähler richten müssen, der Verbilligung der öffentlichen Wirtschaft